



Nr. 149 | 01.10.2021

Zentralasien-Analysen

30 Jahre Zerfall der Sowjetunion – Der Bürgerkrieg in Tadschikistan

■ ANALYSE		
Der Bürgerkrieg in Tadschikistan als postsowjetischer Konflikt		2
Tim Epkenhans (Uni Freiburg)		
<hr/>		
■ CHRONIK		
09. Juli –20. September 2021		6
Kasachstan		6
Kirgistan		9
Tadschikistan		12
Turkmenistan		16
Usbekistan		20

Der Bürgerkrieg in Tadschikistan als postsowjetischer Konflikt

Tim Epkenhans (Uni Freiburg)

DOI: 10.31205/ZA.149.01

Zusammenfassung

Die vielschichtigen Ursachen für den verheerenden Bürgerkrieg in Tadschikistan zwischen 1992 und 1997 stehen unmittelbar im Zusammenhang mit der Auflösung der Sowjetunion. Die tiefgreifende ökonomische, soziale und politische Krise führte zu einem rapiden Staatszerfall und Verlust des staatlichen Gewaltmonopols, so dass lokale Konflikte um begrenzte Ressourcen zu gewaltsamen Verteilungskämpfen führten. Erratische Entscheidungen einer überforderten und gelähmten politischen Führung vertieften die ideologische Spaltung der bereits regional fragmentierten tadschikischen Gesellschaft während des Übergangs zur Unabhängigkeit. Die gesellschaftliche und politische Polarisierung, vor allem der Konflikt zwischen »säkularen« und »islamistischen« Gruppen sowie zwischen regionalen Solidaritätsgruppen, lieferte die Basisnarrative, die den Bürgerkrieg erklären und rationalisieren. In dem Beitrag werden insbesondere die politischen Ursachen des Konfliktes behandelt, die Rückschlüsse auf die Transformationen der tadschikischen Gesellschaft in sowjetischer Zeit ermöglichen.

Tadschikistan 1992: Staatszerfall und Bürgerkrieg

Im Mai 1992 eskalierten politische und soziale Spannungen in der Republik Tadschikistan zu einem verheerenden Bürgerkrieg, der bis 1997, dem Jahr des Friedensabkommens, vermutlich mehr als 140.000 Tote forderte, etwa eine Million Tadschik:innen zu Flüchtlingen machte und die Infrastruktur des Landes zerstörte. Der tadschikische Bürgerkrieg gilt als einer der blutigsten Konflikte nach der Auflösung der Sowjetunion. Die komplexen Ursachen für den Ausbruch und die Dynamik des Konfliktes stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der sowjetischen Herrschaft in der Region, insbesondere der tiefgreifenden ökonomischen und sozialen Krise der Sowjetunion seit Mitte der 1980er Jahre, die vor allem in Tadschikistan katastrophale Folgen für die Bevölkerung hatte. Die Krise und die sukzessive Auflösung der Sowjetunion führte zu einem rapiden Staatszerfall in Tadschikistan, der sich durch die Desintegration der repressiven sowjetischen Sicherheitsbehörden, vor allem des KGB und des Innenministeriums, dramatisch beschleunigte. Die Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols führte zu gewaltsamen Verteilungskämpfen um begrenzte ökonomische Ressourcen zwischen lokalen Gewaltunternehmern – häufig Vertreter der organisierten Kriminalität mit engen Verbindungen zu den Sicherheitsstrukturen. In Ursachen und Dynamik gleicht der Konflikt in Tadschikistan der Typologie der »neuen Kriege« (Mary Kaldor) nach dem Ende des Kalten Krieges, wie etwa den jugoslawischen Nachfolgekriegen. Parallel entwickelten sich Erklärungsmodelle, die den Bürgerkrieg vor allem als Konflikt über politische Ordnungsvorstellungen zwischen säkularen (oder neokommunistischen) und religiösen (d. h. islamisti-

schen) Fraktionen rationalisierten, oder – und dies sollte vor allem in Tadschikistan zu einem zentralen Narrativ werden – als Auseinandersetzung rivalisierender regionaler Solidaritätsgruppen, die sich durch die sowjetische Verwaltungspraxis herausgebildet hatten. Diese Erklärungsmodelle sollen im Folgenden im Kontext von Glasnost und Perestroika näher analysiert werden.

Glasnost und Perestroika in Tadschikistan

Während der Glasnost und Perestroika setzte im sowjetischen Tadschikistan seit Mitte der 1980er Jahre eine kritische Auseinandersetzung mit der sowjetischen Herrschaft ein. Inspiriert von Dschingiz Aitmatovs post-kolonialen Roman *Ein Tag länger als das Leben* (1981) und unter dem Eindruck der sowjetischen Intervention in Afghanistan sowie der Revolution im Iran 1979, hatte sich eine jüngere Generation von Intellektuellen und Parteikadern herausgebildet, welche die sowjetischen Paradigmen der offiziellen tadschikischen Geschichte und Identitätspolitik infrage stellten – und damit auch die privilegierte Stellung der etablierten Nomenklatura. Die post-koloniale Sicht auf die Sowjetunion erhielt durch die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen der 1980er Jahre zunehmend Relevanz: Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 (in deren Folge etwa 6.000 Tadschik:innen als »Liquidatoren« im Einsatz waren), die Austrocknung des Aralsees, die Gefahren durch radioaktiven Abfall aus der Urananreicherung im Norden Tadschikistans, sowie die gravierenden Gesundheits- und Umweltschäden durch die Baumwollmonokultur (massiver Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln) führten zu einer kritischen Evaluation sowjetischer Wirtschafts- und Planungspolitik. Glasnost ermöglichte eine öffentliche und kritische Diskus-

sion über das Verhältnis zwischen Zentrum (Moskau) und Peripherie (Tadschikistan).

Im Vergleich mit anderen Sowjetrepubliken war Tadschikistan die am wenigsten entwickelte Unionsrepublik, mit deutlichen Defiziten im Lebensstandard, etwa der medizinischen Versorgung, dem Bildungswesen und der Qualität des Wohnraums. Die tadschikische Öffentlichkeit sah das sowjetische Modernisierungsversprechen nicht nur als gescheitert an, sondern kritisierte die systematische Diskriminierung zentralasiatischer Ethnien in dem sowjetischen Modernisierungs- und Industrialisierungsprojekt. Insbesondere die Beschäftigungsmuster im industriellen Sektor sowie im Bereich Forschung und Entwicklung wiesen ein deutliches Ungleichgewicht zuungunsten ethnisch-tadschikischer Arbeitskräfte auf. Die Urananreicherungsanlage in Tschkalovsk im Norden des Landes oder das Aluminiumwerk Talco westlich von Duschanbe waren stärker in gesamtsovietische Planwirtschaftsstrukturen eingebunden, während der Baumwollsektor von republikanischen Netzwerken mit vergleichsweise großer Autonomie kontrolliert wurde. Die 1980er Jahre des sowjetischen Tadschikistans waren geprägt von Diskussionen über die vermeintlich beabsichtigte Unterentwicklung der Industrie im Land, die Diskriminierung von Tadschik:innen, sowie die gravierenden ökologischen Folgen der sowjetischen Planwirtschaft. Hierdurch erlebten nationalistische Positionen einen Aufwind und wurden relevanter.

Die Intellektuellen und politischen Kader, die diese Debatte befeuerten, kamen häufig aus den marginalisierten Bergregionen des Landes und waren zum Teil Veteranen der Intervention in Afghanistan (russ.: *afgancy*). Als Soldaten, Dolmetscher oder Offiziere des sowjetischen Militärnachrichtendienstes GRU hatten sie in Afghanistan neue Perspektiven auf eine transnationale iranische und islamische Kultur bekommen und begannen, die sowjetisch geformte Nationalgeschichte Tadschikistans zu hinterfragen. So avancierten Fragen über die Stellung des Tadschikischen als offizieller Sprache gegenüber dem Russischen, die Einbettung der tadschikischen Kultur und Sprache in einen größeren regionalen bzw. iranisch-»persophonen« Kontext, sowie das Verhältnis zur Islamischen Republik Iran zu scharfen Auseinandersetzungen in der tadschikischen Öffentlichkeit. Während die etablierte Nomenklatura auf eine kategorische Eigenständigkeit des Tadschikischen insistierte (und damit den exklusiven ethnisch basierten tadschikischen Nationalismus sowie die großen akademischen Institutionen des Landes legitimierte), verfocht die jüngere Generation eine Integration der tadschikischen Kultur und Geschichte in den größeren Kontext der »islamisch-iranischen Synthese« (Jürgen Paul). Insbesondere die Frage nach der Zugehörigkeit zur transnationalen und -regionalen *islamischen* Zivilisation führte

zu bitteren Konflikten in der tadschikischen Öffentlichkeit. Die Debatte über die gesellschaftliche Stellung des Islam – sei es als Bestandteil einer nationalen kulturellen Identität, einer politisch-sozialen Ordnungsvorstellung, einer öffentlich demonstrierten religiösen Praxis oder als Entwurf eines moralisch-ethnischen Lebenswandels erhielt innerhalb weniger Jahre eine ungeheure gesellschaftliche Relevanz und überlagerte die Auseinandersetzung mit den gravierenden sozialen und politischen Konflikten in der spät- und post-sowjetischen Gesellschaft Tadschikistans bis in die Gegenwart hinein. Dieser gesellschaftliche Effekt war nicht nur das Resultat intellektueller Debatten, sondern wurde auch durch eine Gruppe islamistischer Aktivisten forciert, die 1990 die Partei der Islamischen Wiedergeburt Tadschikistans (PIWT) gründeten und sich auf alternative, religiöse Lebens- und Ordnungsentwürfe beriefen, wodurch sie sich dezidiert außerhalb der sowjetischen Gesellschaft und ihrer Formen sozialer Anerkennung positionierten. Die politische und intellektuelle Nomenklatura des spät-sowjetischen Tadschikistans reagierte auf diese Diskussionen mit einer zunehmend aggressiven Kampagne, in deren Kontext die Aktivisten der PIWT als Verfechter des saudischen Wahhabismus diffamiert und den islamischen Moralvorstellungen und Lebensentwürfe jegliche gesellschaftliche Bedeutung verweigert wurde. Die politischen Auseinandersetzungen über Nation, Sprache und Islam förderten die gesellschaftliche Fragmentierung und Polarisierung zwischen »Neo«-Kommunisten (häufig Repräsentanten der sowjetischen Nomenklatura), nationalistischen »Demokraten« (mit häufig diffusen Vorstellungen hinsichtlich eines demokratischen politischen Systems) und islamistischen Aktivisten der PIWT, wobei die resultierende Polarisierung durch unbeholfen agierende und zerstrittene Führungskader der Kommunistischen Partei Tadschikistans verschärft wurde. Das tiefe Misstrauen zwischen den unterschiedlichen Gruppen dieser stark fragmentierten Gesellschaft verhinderte die Bildung von belastbaren und interessenübergreifenden Koalitionen. Ebenjene gesellschaftliche Polarisierung lieferte die Basisnarrative für den Ausbruch des Bürgerkrieges, sowie die Kategorien, mit denen der Konflikt rationalisiert wurde. Die unflexible Nomenklatura trug zu einer weiteren Eskalation der Situation bei: Zum einen hielt sie an einer aggressiven Identitätspolitik fest, zum anderen misslang es ihr, auch aufgrund persönlicher Defizite, das Ausmaß der politischen Herausforderungen staatlicher Unabhängigkeit zu erfassen.

»Regionalismus« in einer fragmentierten Gesellschaft

Manipulative sowjetische Herrschaftspraktiken, wie etwa die Identitätspolitik und Zuweisung bestimmter Berufsfelder, sowie eine ungleiche wirtschaftliche Ent-

wicklung hatten seit den 1950er Jahre zur Herausbildung regional basierter Identitätswürfe geführt, die teilweise mit ethnischen Kategorien (vor allem Usbeken, Kirgisen und Pamiris) übereinstimmten, aber vor allem ethnische Tadschiken in kategorische Regionalgruppen einteilte. Hierbei wurde zwischen Tadschiken aus dem nördlichen Leninobod/Chudschand, dem südlichen Kulob und den Berg- bzw. Talregionen des Zarafschan, Vachschi sowie Pamir unterschieden. Eine gesonderte Gruppe stellten die »Emigranten« dar, die seit den 1920er Jahren aus den in Usbekistan gelegenen urbanen Zentren Buchara und Samarkand nach Duschanbe gekommen waren, um dort am Aufbau einer sowjetisch-tadschikischen Nationalkultur mitzuwirken. Folgt man dem Regionalismus-Topos, so bestimmte die regionale Provenienz über den sozialen und beruflichen Werdegang, sowie Migrations- und Heiratsmuster: Die Emigré-Familien dominierten bis in die 1980er Jahre das kulturelle und akademische Leben Sowjettadschikistans, während Tadschik:innen aus dem nördlichen Leninobod/Chudschand die politischen Führungskader der Kommunistischen Partei stellten und den wichtigen agrarindustriellen Komplex der Baumwollkultivierung und -verarbeitung kontrollierten. Personen aus der südlichen, an Afghanistan grenzenden Oblast Kulob waren überproportional in den Sicherheitsstrukturen repräsentiert. Als kompliziert gestalteten sich indes die regionalen Identitätsmuster in den dichtbesiedelten Baumwollanbaugebieten des Südens. Die Bevölkerung in diesen Gebieten war größtenteils seit den 1930er Jahren zur Baumwollkultivierung aus den Bergregionen Tadschikistans (Zarafschan, Gharm/Vachschi und Pamir) zwangsumgesiedelt worden. Das Trauma der Umsiedlung, das in zahlreichen autobiographischen Texten erzählt wird, verstärkte regionale Identitäten, da die Kolchosen und Sowchosen entlang der Herkunftsregionen organisiert waren. Zudem reproduzierten die Kollektivbetriebe die patriarchalischen Strukturen »traditioneller« landwirtschaftlicher Gemeinschaften – trotz anderslautender ideologischer Beteuerungen von Emanzipation und Entwicklung des *homo sovieticus* als gesellschaftlicher Norm. 1991 lebten etwa 2/3 der Bevölkerung Tadschikistans in ländlichen Regionen, in denen die politischen und sozialen Strukturen eine horizontale gesellschaftliche Integration verhinderten. Diese mangelnde horizontale Verknüpfung sowohl zwischen den landwirtschaftlichen Kollektivbetrieben wie auch zwischen der ländlichen und der urbanen Bevölkerung verschärfte die Trennlinien in der tadschikischen Gesellschaft. Die sowjetische Transformation des ländlichen Tadschikistans für die großflächige Baumwollkultivierung resultierte zudem in einem hohen Maß an sozialer Fragmentierung entlang ethnischer und regionaler Kategorien. Diese soziale Fragmentierung hatte im Zusam-

menspiel mit einem hohem Bevölkerungswachstum, einer geringen Abwanderung aus dem ländlichen in den urbanen Raum, anhaltender Bodendegradation durch die Baumwollmonokulturen sowie zunehmend begrenzter Ressourcen bereits in den 1980er Jahre zu gewaltsamen Konflikten zwischen den Bewohner:innen von Kolchosen und Sowchosen geführt. Mit der Auflösung der sowjetischen Sicherheitsstrukturen traten lokale Gewaltunternehmer in die Öffentlichkeit, die diese Konflikte instrumentalisierten und Milizen entlang der gesellschaftlichen Trennlinien mobilisierten. Der tadschikische Bürgerkrieg mit seiner extremen Gewalt begann vor allem in diesen dicht besiedelten landwirtschaftlichen Regionen im Süden Tadschikistans.

Kontingenz, Polarisierung und Elitenversagen

In der Diskussion über die Ursachen des Bürgerkrieges überwiegen zumeist strukturelle Faktoren, mit denen Ausbruch, Verlauf und Ende des Konfliktes rationalisiert werden. Übernimmt man eine stärker akteurszentrierte und mikro-historische Perspektive, die autobiographisches und Oral-History-Material miteinbezieht, fällt die signifikante Kontingenz in der Sequenz der Ereignisse auf. Dies betrifft sowohl Entscheidungsprozesse im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei sowie im Obersten Sowjet Tadschikistans, als auch solche auf lokaler Ebene. Im Zuge der Perestrojka-Politik Moskaus war mit Qahhor Mahkamov ein technokratischer Politiker in Tadschikistan an die Macht gekommen, der das Ausmaß der tiefgreifenden sozioökonomischen Krise der späten Sowjetzeit nicht erfasste und den Herausforderungen der staatlichen Unabhängigkeit 1991 nicht gewachsen war. Seine Rivalen, etwa der aus der Brätschnew-Ära hervorgegangene Kader und von Gorbatschow relegierte Rahmon Nabiev, oder der maliziöse Generalstaatsanwalt, Parlamentssprecher und KGB-Vorsitzende Safarali Kenjaev waren populistische Politiker, die sich instinktiv und habituell auf die staatliche Unabhängigkeit eingestellt und gleichzeitig keine Berührungspunkte hatten, mit kriminellen Netzwerken zu kooperieren. Der Nexus zwischen organisierter Kriminalität, politischen Funktionsträgern und den Sicherheitsstrukturen ist im sowjetischen Raum bereits seit der Stalinzeit belegt. Im Zuge des Staatszerfalls und der Auflösung des Gewaltmonopols etablierten sich lokale Gewaltunternehmer, die der Lokalbevölkerung »Schutz« in Form von Rackets aufzwingen.

1991/92 verlor die fragmentierte Führungselite Tadschikistans dramatisch an Einfluss auf den politischen und sozialen Transformationsprozess nach der Unabhängigkeit. Interne Konflikte, katastrophale Fehleinschätzungen sowie Komplizenschaft mit kriminellen Netzwerken beschleunigten den Staatszerfall und die

Auflösung des Gewaltmonopols, woraufhin sich ab Mai 1992 Gewaltunternehmer als Feldkommandeure bzw. Warlords etablierten. Einer der einflussreichsten und gefürchtetsten Warlords in der frühen Phase des Bürgerkriegs war »Bobo« (»Großvater«) Sangak Safarov (1928–1993). Safarov hatte 28 Jahre für eine Reihe nicht politischer Straftaten in Haft verbracht und sich in den 1980er Jahren als selbststilisierter *vor v zakonye* (»Dieb im Gesetz«) im südlichen Kulob ein kriminelles Netzwerk aufgebaut. Ab 1990 mobilisierte Safarov sein kriminelles Netzwerk, um sich zunächst auf lokaler und später auch auf nationaler Ebene in die politischen Auseinandersetzungen nach der Unabhängigkeit einzumischen. Im Sommer 1992 wurde aus dem kriminellen Netzwerk Safarovs eine Bürgerkriegsmiliz, die ab September als »Volksfront« Terror und Gewalt in den südlichen Regionen Tadschikistans verbreitete. Entgegen der Vorstellung regionaler Loyalität und Solidarität wandte sich Safarov zunächst gegen die politische Nomenklatura und Rivalen im südlichen Kulob. So ermordete Safarov unter anderem den Gouverneur der Region und ersetzte ihn im Oktober 1992 durch Emomali Rahmon. Im folgenden Monat gelang es Safarov, Rahmon als Parlamentssprecher und damit als Interimsstaatsoberhaupt durchzusetzen (1994 wird Rahmon dann erstmals zum Präsidenten gewählt) – ein Umstand, der in aktuellen tadschikischen Darstellungen des Bürgerkrieges nicht thematisiert wird. In den folgenden Monaten, bis zu seinem Tod im März 1993, distanzierte sich Safarov von seinem Warlord-Image und inszenierte sich hingegen als gewandter Politiker mit einem politischen Programm, das sich zunehmend an den Basisnarrativen über den Ausbruch des Bürgerkrieges orientierte. Safarov inszenierte sich nun als nationalistischer Politiker und Verteidiger eines säkularen tadschikischen Staatswesens, und rationalisierte den Konflikt entlang der hier dargestellten Muster.

»Frieden«, Erinnerungskultur und autoritäre Konsolidierung

Im Frühjahr 1993, nach einer Phase extremer Gewalt, war der Bürgerkrieg entschieden. Die fragile aber international anerkannte Regierung von Emomali Rahmon kontrollierte mit substantieller russischer und usbekischer Unterstützung die urbanen Zentren und wichtigen

landwirtschaftlichen Regionen des Landes. Die oppositionellen Milizen waren in die entlegenen Bergregionen zurückgedrängt worden, konnten aber militärisch noch nicht besiegt werden. Der Aufstieg der Taliban in Afghanistan führte Mitte der 1990er Jahre zu internationalen Friedensinitiativen, die 1997 in einem Friedensabkommen mündeten. Das Abkommen skizzierte die Transformation zu einer demokratischen Nachkriegsordnung, zu einem von der internationalen Gemeinschaft befürworteten »liberalen Frieden«, sah aber keine Aufarbeitung der Ursachen und des Verlaufs des Konfliktes vor – inklusive der zahlreichen Verbrechen, die von den Milizen begangen wurden. Die beiden Konfliktparteien, die Regierung von Präsident Rahmon und die Opposition um die islamistische PIWT, bevorzugten, das Geschehene zu vergessen. Gleichzeitig betonten Regierung und Opposition, dass der Bürgerkrieg den Tadschiken von ominösen »externen Kräften« aufgezwungen worden sei. Nach einer Phase relativer innenpolitischer Entspannung setzte seit den späten 2000er Jahren eine autoritäre Konsolidierung des Regimes von Rahmon ein. Die oppositionelle PIWT wurde 2015 verboten und die offizielle Erinnerungspolitik stellt Rahmon nun als alleinigen Sieger des Konfliktes dar, der sich zudem als »Begründer des Friedens und der nationalen Einheit« sowie als »Führer der Nation« verehren lässt. Offizielle Darstellungen zu den Ursachen des Bürgerkrieges machen nun die PIWT für den Konflikt verantwortlich, ohne jedoch eine Erinnerung an den Bürgerkrieg zu ermutigen. Allerdings erinnern sich lokale Gemeinschaften an den Bürgerkrieg. Während inoffizieller Gedenktage versammeln sich die Einwohner:innen eines Dorfes, eines Stadtviertels oder einer landwirtschaftlichen Genossenschaft in Abwesenheit offizieller Staatsrepräsentant:innen in den Hainen, in denen sie vor 30 Jahren ihre Angehörigen bestatteten, die dem Krieg zum Opfer gefallen waren. Im Anschluss treffen sich Frauen und Männer zumeist getrennt bei *plov* und Tee, um über den Tag zu sprechen, an dem der Krieg über ihre Gemeinschaft hereinbrach. Zwar versucht man durch den Verweis auf die Basisnarrative den Konflikt zu rationalisieren, doch werden die grausame Kontingenz der Gewalt und die soziale Fragmentierung der tadschikischen Gesellschaft in diesen Erinnerungen immer wieder deutlich.

Über den Autor

Tim Epkenhans ist Professor für Islamwissenschaft mit Schwerpunkt Mittelasien an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehört die neuzeitliche Geschichte Zentralasiens und Irans. Mit den Ursachen des tadschikischen Bürgerkrieges hat sich Tim Epkenhans in seinem 2016 erschienenem Werk *The Origins of the Civil War in Tajikistan* (New York: Lexington) beschäftigt.

09. Juli –20. September 2021

Kasachstan

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Zentralasien-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Rostam Onori und Richard Schmidt

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

9.7.2021	Beim »Astana-Format« treffen sich Delegationen aus Russland, Iran und der Türkei in Nur-Sultan, um über die Lage in Syrien zu beraten. Sie einigen sich auf eine weitere Zusammenarbeit im Kampf gegen den IS und andere militante Gruppen in Syrien.
10.7.2021	In den Gebieten Magistau und Kysylorda herrscht aktuell eine Dürre. In diesem Zusammenhang entlässt Präsident Kasym-Dschomart Tokajew Landwirtschaftsminister Saparchan Omarow, nachdem dieser versäumt hatte, abmildernde Maßnahmen einzuleiten.
13.7.2021	Wie das Nationale Sicherheitskomitee erst jetzt bekannt gibt, kam es bereits im vergangenen Jahr zur Zerschlagung einer transnational agierenden kriminellen Gruppe. Diese soll in der Region kernwaffenfähiges Uran geschmuggelt sowie gehandelt haben.
14.7.2021	Außenminister Mughtar Tileuberdi nimmt am SCO-Außenministertreffen in Duschanbe teil. In einer gemeinsamen Stellungnahme wird ein Ende der Gewalt in Afghanistan und eine friedliche Lösung des dortigen Konfliktes gefordert.
15.7.2021	Außenminister Tileuberdi nimmt in Taschkent an einem Treffen der Außenminister im Format »C5+1« (zentralasiatische Staaten + USA) teil. Im Vordergrund der Gespräche steht die aktuelle Sicherheitssituation in Afghanistan vor dem Hintergrund der abziehenden internationalen Truppen.
25.7.2021	Landesweit finden die ersten direkten Wahlen zur Bestimmung der lokalen Bürgermeister:innen (Akime) statt.
26.7.2021	12 Militärangehörige werden in Schimkent zu Haftstrafen zwischen vier und zehn Jahren verurteilt. Das Gericht sah ihre Mitschuld an einer schweren Explosion im Munitionsdepot von Arys (Gebiet Turkistan) erwiesen. Im Juni 2019 waren vier Menschen getötet und Dutzende verletzt worden. Große Teile von Arys wurden damals zerstört.
26.7.2021	Angesichts einer anhaltenden Dürre in den südlichen Gebieten verhängt das Landwirtschaftsministerium ein sechsmonatiges Verbot für die Ausfuhr von Tier- und Viehfutter. Im Gebiet Mangistau sind aufgrund der diesjährigen Dürre bereits über 1.000 Pferde verendet.
30.7.2021	Präsident Tokajew entlässt den Chef seines Präsidialsicherheitsdienstes, Kalmuchanbet Kasymow. Beobachter:innen sehen einen Zusammenhang zu der internationalen Pegasus-Affäre. Die Spionagesoftware Pegasus war von diversen Staaten u. a. zur Überwachung von Journalist:innen eingesetzt worden. Den Gerüchten zufolge soll Tokajew selbst vor seinem Amtsantritt 2019 überwacht worden sein.
5.8.2021	Präsident Tokajew nimmt im turkmenischen Turkmenbaschi an einem Treffen der zentralasiatischen Staatsoberhäupter teil. Am Rande des Treffens führt Tokajew Gespräche mit seinen kirgisischen und turkmenischen Amtskollegen, Gurbanguly Berdymuchammedow und Sadyr Dschaparow.
8.8.2021	In Aktope demonstrieren ca. 100 Personen unangemeldet gegen eine dort geplante Konferenz von LGBT-Aktivist:innen. Laut dem kasachstanischen Dienst von RFE/RL wurde niemand festgenommen.
15.8.2021	Die afghanische Hauptstadt Kabul wird von den Taliban eingenommen.
16.8.2021	Die kasachstanische Botschaft in Kabul arbeitet regulär weiter, meldet das Außenministerium.
17.8.2021	In Seoul trifft Präsident Tokajew seinen südkoreanischen Amtskollegen Moon Jae-in zu Gesprächen, u. a. zur Zusammenarbeit in den Bereichen Handel und Wirtschaft. Der Abschlusserklärung zufolge planen beide Seiten die Etablierung einer erweiterten strategischen Partnerschaft.
19.8.2021	Der Erste Präsident Nursultan Nasarbajew empfängt den russischen Premierminister Michail Mischustin in Nur-Sultan zu Gesprächen. Nasarbajew schlägt u. a. vor, Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan die Mitgliedschaft in der EAEU anzubieten.
21.8.2021	Präsident Tokajew wird in Moskau von seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin zu Gesprächen empfangen. Beide Seiten bescheinigen den bilateralen Beziehungen ein »hohes Niveau«.
23.8.2021	Präsident Tokajew nimmt an einer außerordentlichen Online-Sitzung des kollektiven Sicherheitsrates der CSTO teil, welche anlässlich der aktuellen Situation in Afghanistan einberufen wurde. Laut Tokajew komme es nun darauf an, die Ausbreitung von Terrorismus und Extremismus einzudämmen. Gleichzeitig müsse eine humanitäre Krise in Afghanistan verhindert werden. Der Gipfel beschließt die Entwicklung gemeinsamer Reaktionsmaßnahmen bis zum 16.9.2021.
27.8.2021	Bei schweren Explosionen in einem militärischen Munitionsdepot in Taras (Gebiet Dschambyl) sterben 15 Menschen, 98 weitere werden teils schwer verletzt. Präsident Tokajew ordnet für den 29.8.2021 einen Staatstrauertag an.
31.8.2021	Nach den Explosionen in Taras tritt Verteidigungsminister Nurlan Jermekbajew von seinem Posten zurück. Präsident Tokajew ernennt daraufhin den bisherigen stellvertretenden Verteidigungsminister Murat Bektanow zu dessen Nachfolger.

1.9.2021	Das Gesundheitsministerium erteilt die Zulassung für den Impfstoff von Pfizer/BioNTech.
1.9.2021	Präsident Tokajew ordnet die Anhebung des Mindestlohnes von aktuell 42.500 Tenge (ca. 100 US-Dollar) auf 60.000 Tenge (ca. 141 US-Dollar) ab dem 1.1.2022 an.
1.9.2021	Präsident Tokajew ernennt den bisherigen stellvertretenden Finanzminister Jerbol Karaschukejew zum neuen Landwirtschaftsminister.
3.9.2021	Bei seiner Ansprache an das diesjährige Eastern Economic Forum im russischen Wladiwostok erklärt Präsident Tokajew, dass Kasachstan ein Atomkraftwerk benötige.
10.9.2021	Präsident Tokajew ernennt Serikkali Brekeschew zum neuen Minister für Ökologie, Geologie und natürliche Ressourcen. Brekeschew hatte das Amt zuvor stellvertretend inne.
10.9.2021	Präsident Tokajew empfängt den nordmazedonischen Außenminister Bujar Osmani in Nur-Sultan zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit. Während des Treffens äußert Tokajew, dass die internationale Gemeinschaft Afghanistan in diesem kritischen Moment »nicht zurücklassen sollte«.
15.9.2021	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das Social-Media- und Messaging-Softwareunternehmen zur Registrierung in Kasachstan verpflichtet. Andernfalls können diese blockiert werden.
16.9.2021	Im Vorfeld des CSTO- und SCO-Gipfeltreffens in Tadschikistan wird Präsident Tokajew von seinem tadschikischen Amtskollegen Emomali Rachmon in Duschanbe zu Gesprächen empfangen.
16.9.2021	Präsident Tokajew nimmt in Duschanbe am CSTO-Gipfeltreffen teil. Tokajew zufolge droht Afghanistan eine ernsthafte Destabilisierung. Die Gespräche enden mit der Unterzeichnung von 14 Dokumenten und dem erklärten Ziel eines gemeinsamen Programmes zur Stärkung der tadschikisch-afghanischen Grenze.
17.9.2021	Präsident Tokajew nimmt am SCO-Gipfeltreffen in Duschanbe teil. Bei den Gesprächen steht u. a. die Situation in Afghanistan im Fokus. Am Rande des Treffens führt Tokajew bilaterale Gespräche mit seinem iranischen Amtskollegen Ebrahim Raisi, u. a. über die Zusammenarbeit in der »weiteren islamischen Welt«.

Kirgistan

9.7.2021	Laut dem Nationalen Statistikkomitee lag die Armutsrate im Jahr 2020 bei 25,3 %, was einem Anstieg um 5,2 % im Vergleich zum Vorjahr entspricht.
11.7.2021	In Bischkek, Osch und Tokmok (Gebiet Tschui) werden die Lokalwahlen vom 11.4.2021 wiederholt, nachdem die Zentrale Wahlkommission (CEC) in diesen Städten über 400 Hinweise auf Wahlverstöße erhalten hat. In Bischkek liegt die Wahlbeteiligung bei 24 %, in Osch und Tokmok bei 43 bzw. 44 %.
14.7.2021	Saudi-Arabien stellt Kirgistan 500.000 US-Dollar für den Kampf gegen Covid-19 bereit.
15.7.2021	Das Außenministerium teilt mit, dass Kirgistan Kirgis:innen aus dem afghanischen Wakhan-Korridor aufnehmen wird. Diese waren in den vergangenen Tagen nach Tadschikistan geflohen.
21.7.2021	Laut einer Analyse der Eurasischen Entwicklungsbank machen Rücküberweisungen von Arbeitsmigrant:innen (Remissen) fast 30 % des Bruttoinlandsproduktes von Kirgistan aus.
23.7.2021	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das Familienfeiern auf 100 und Hochzeiten auf 200 Gäste begrenzt.
23.7.2021	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das einen Sonderstatus für das Gebiet Batken festlegt, der u. a. erweiterte administrative Kompetenzen für den Gebietsgouverneur umfasst.
23.7.2021	Künftig können auch Bürger:innen aus Albanien, Bulgarien, Vietnam, Israel, Zypern, Nordmazedonien, Rumänien, Thailand und Mexiko für 60 Tage visafrei nach Kirgistan einreisen.
29.7.2021	Das Parlament verabschiedet ein umstrittenes Gesetz, das die Verbreitung von »falschen« oder »unzuverlässigen« Informationen unter Strafe stellt. Kritiker:innen sehen in dem Gesetz einen Versuch, die Meinungsfreiheit einzuschränken.
30.7.2021	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das der Regierung die Verhängung eines ökonomischen Notstandes ermöglicht. Dieser kann unter bestimmten Umständen verhängt werden, u. a. wenn der Verbraucherpreisindex drei Monaten in Folge um 3,5 % im Vergleich zum Vormonat steigt oder die Auslandsverschuldung 20 % am BIP übersteigt. Bei diesen Szenarien könnte die Regierung auch ohne parlamentarische Zustimmung u. a. auf 20 % der Haushaltsmittel zugreifen.
3.8.2021	Ex-Präsident Askar Akajew trifft zum ersten Mal seit 16 Jahren wieder in Bischkek ein und wird von Beamten des Staatlichen Komitees für Nationale Sicherheit (GKNB) wegen Korruptionsvorwürfen verhört. Eigenen Angaben zufolge hat Akajew mit der Regierung vereinbart, nach einer Woche wieder ausreisen zu können. Gegen Akajew liegt in Kirgistan ein Haftbefehl vor.
3.8.2021	Der ehemalige Premier- und Wirtschaftsminister Temir Sarijew wird wegen des Verdachtes auf Korruption im Zusammenhang mit der Kumtor-Goldmine festgenommen.
6.8.2021	Präsident Dschaparow nimmt im turkmenischen Turkmenbaschi an einem Treffen der zentralasiatischen Staatsoberhäupter teil. Am Rande des Treffens führt Dschaparow Gespräche mit seinen turkmenischen, usbekischen sowie kasachstanischen Amtskollegen, Gurbanguly Berdymuchammedow, Schawkat Mirsijojew sowie Kasym-Dschomart Tokajew.
8.8.2021	Laut 24.kg hat Ex-Präsident Akajew Kirgistan wieder Richtung Moskau verlassen. Zuvor hat Akajew per Videobotschaft Fehler bei der Vergabe von Konzessionen für die Kumtor-Goldmine eingeräumt und die Öffentlichkeit um Vergebung gebeten.
9.8.2021	Finanz- und Wirtschaftsminister Akyzbek Dschaparow empfängt den usbekischen Minister für Investitionen und Außenhandel, Sardor Umurzakow, in Bischkek zu Gesprächen, u. a. über die Etablierung eines kirgisisch-usbekischen Investitionsfonds.
11.8.2021	Laut dem Energie- und Industrieministerium wurde mit Turkmenistan eine vertragliche Vereinbarung getroffen, wonach Kirgistan zwischen August und Dezember 2021 501,9 Mio. kWh Strom aus Turkmenistan beziehen wird.
15.8.2021	Die afghanische Hauptstadt Kabul wird von den Taliban eingenommen.
16.8.2021	Die kirgisische Botschaft in Kabul arbeitet weiterhin regulär, meldet das Außenministerium. Man stünde demnach in Kontakt mit kirgisischen Staatsbürger:innen in Afghanistan, um deren Evakuierung sich bemüht werde.
17.8.2021	Die Militärstaatsanwaltschaft eröffnet ein Ermittlungsverfahren gegen mehrere Beamte des Grenzschutzdienstes, die im Verdacht stehen, die Entführung des Gründers der Kette von <i>Sapat-Lyzeen</i> , Orhan Inandi, in die Türkei Ende Mai ermöglicht zu haben.

19.8.2021	Der Ministerkabinettsvorsitzende Ulukbek Maripow nimmt in Tscholpon-Ata (Gebiet Issyk-Kul) an einer Sitzung des Eurasischen Zwischenregierungsrates teil. Hauptthemen sind die Vertiefung der Integration und der Klimawandel. Am Rande der Sitzung führt Präsident Dschaparow Gespräche mit dem armenischen Premierminister Nikol Paschinjan, u. a. über Möglichkeiten zur weiteren bilateralen Integration der beiden Volkswirtschaften im Rahmen der EAEU.
23.8.2021	Laut dem Außenministerium wird die Vergabe von Visa an afghanische Staatsbürger:innen aufgrund der aktuellen Situation in Afghanistan eingeschränkt.
23.8.2021	Präsident Dschaparow nimmt an einer außerordentlichen Online-Sitzung des kollektiven Sicherheitsrates der CSTO teil, die anlässlich der aktuellen Situation in Afghanistan einberufen wurde. Dschaparow fordert u. a. die Entwicklung von kollektiven Maßnahmen zur adäquaten und rechtzeitigen Reaktion auf die aktuellen Herausforderungen und Sicherheitsrisiken. Der Gipfel beschließt die Entwicklung gemeinsamer Reaktionsmaßnahmen bis zum 16.9.2021.
24.8.2021	Präsident Dschaparow unterzeichnet ein Gesetz, das die Verbreitung von »falschen« und »unzuverlässigen« Informationen unter Strafe stellt.
24.8.2021	In Bischkek demonstrieren über 200 Personen gegen die Festnahme des ehemaligen Premierministers Temir Sarijew.
24.8.2021	Laut GKNB wurde der ehemalige Premierminister Muchamedkaliy Abylgasijew nach der Zahlung von umgerechnet 591.000 US-Dollar aus der Untersuchungshaft entlassen. Er war im Januar wegen Korruptionsverdachts im Zusammenhang mit der Kumtor-Goldmine inhaftiert worden.
25.8.2021	Präsident Dschaparow unterzeichnet ein neues Wahlgesetz, das für die Wahl der Parlamentsabgeordneten ein Grabenwahlssystem einführt. Demnach werden 54 Mandate per Verhältniswahl über Parteilisten vergeben und 36 Mandate per Direktwahl in Einzelwahlkreisen. Zuvor galt ein reines Verhältniswahlssystem.
26.8.2021	Nachdem der Bürgermeister von Bischkek, Taalaibek Sarybaschow, am 12.8.2021 von seinem Amt zurückgetreten war, wählt der Stadtrat Aibek Dschunuschalijew zu dessen Nachfolger.
29.8.2021	Präsident Dschaparow terminiert die Wiederholung der Parlamentswahlen auf den 28.11.2021. Nach massiven Protesten in Bischkek wurde das Ergebnis der letzten Parlamentswahl vom 4.10.2020 annulliert.
1.9.2021	Präsident Dschaparow empfängt den CSTO-Generalsekretär Stanislaw Zas in Bischkek zu Gesprächen über Fragen der regionalen Sicherheit und Stabilität. Laut Dschaparow misst Kirgistan der Kooperation in der CSTO angesichts einer Reihe von wachsenden regionalen Sicherheitsgefahren eine große Bedeutung zu.
6.9.2021	Präsident Dschaparow entlässt Verteidigungsminister Taalajbek Omuralijew von seinem Posten und ernennt den Oberst Baktybek Bekbolotow zu dessen Nachfolger.
7.9.2021	Auf einem Truppenübungsplatz im Gebiet Issyk-Kul beginnt ein dreitägiges Militärmanöver der CSTO. Hieran nehmen 1.000 Soldaten teil.
16.9.2021	Präsident Dschaparow nimmt in Duschanbe am CSTO-Gipfeltreffen teil. Laut Dschaparow könnte die Situation in Afghanistan die Sicherheit der CSTO-Mitgliedstaaten beeinträchtigen. Die Gespräche enden mit der Unterzeichnung von 14 Dokumenten und dem erklärten Ziel eines gemeinsamen Programmes zur Stärkung der tadschikisch-afghanischen Grenze. Im Oktober sollen in Tadschikistan eine Reihe von CSTO-Militärmanövern stattfinden.
17.9.2021	Präsident Dschaparow nimmt am SCO-Gipfeltreffen in Duschanbe teil. Bei den Gesprächen steht u. a. die Situation in Afghanistan sowie Fragen der regionalen Wirtschaft und Konnektivität im Fokus. In seiner Ansprache schlägt Dschaparow die Formierung eines »regionalen Sicherheitsgürtels« um Afghanistan vor.

Tadschikistan

9.7.2021	Bereits am Vortag kam es zu einem Schusswechsel an der tadschikisch-kirgisischen Grenze nahe Tschaschmagldan (kirgisisches Gebiet Batken). Offenbar hatten vier kirgisische Grenzsoldaten unbefugt tadschikisches Territorium betreten. Es wird ein toter kirgisischer Soldat gemeldet.
9.7.2021	Auf Facebook veröffentlicht der afghanische Botschafter (Mumammad Z. Agbar) Fotos von seinem Besuch in einem Flüchtlingslager in Tadschikistan. Unbestätigten Angaben zufolge sollen sich in dem Lager 1.000 afghanische Geflüchtete aufhalten, überwiegend aus der Provinz Badachschan. Die Existenz des Lagers war bislang nicht offiziell bestätigt worden, zudem bleibt der Ort unbekannt.
9.7.2021	Aus Kulob wird die Festnahme des stellvertretenden Bürgermeisters gemeldet. Meldungen zufolge wird gegen ihn wegen Betrugs und Machtmissbrauchs ermittelt.
10.7.2021	Aus dem Rascht-Tal (Der Republik unterstellten Bezirke, RSS) werden fünf Tote nach einem Erdbeben der Stärke sechs auf der Richterskala gemeldet.
12.7.2021	Tadschikistan exportiert weiterhin Strom nach Afghanistan. Dies verkündet Daler Dschuma, Minister für Energie- und Wasserressourcen auf einer Pressekonferenz.
12.7.2021	Daler Dschuma, Minister für Energie- und Wasserressourcen, prognostiziert auch für diesen Winter Einschnitte bei der Stromversorgung in Tadschikistan. Dennoch werde die Energieversorgung deutlich besser sein als im vergangenen Winter, so Dschuma.
13.7.2021	Offenbar können tadschikische LKW via Scher Chan Bandar visafrei nach Afghanistan fahren. Zuvor hatte die afghanische Botschaft in Duschanbe die Erteilung von Visa eingestellt, meldet Asia-Plus.
14.7.2021	In Duschanbe findet ein Treffen des Außenministerrates der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) statt, woran u. a. auch Russlands Außenminister Sergej Lawrow teilnimmt. In einer gemeinsamen Abschlusserklärung fordern die Minister u. a. die afghanische Regierung auf, ihre eigene Position im Land zum Zwecke der Stabilität zu stärken.
14.7.2021	Seit dem Vortag haben insgesamt 345 afghanische Kirgis:innen aus dem Wakhan-Korridor die Grenze nach Tadschikistan überquert. Diese befinden sich nun im Bezirk Murghab (Autonomes Gebiet Berg-Badachschan (GBAO/VMKB)).
16.7.2021	Präsident Emomali Rachmon besucht die Grenztruppen des Landes im Gebiet Chatlon.
16.7.2021	Laut einer Weltbankstudie hat sich das sozioökonomische Wohlergehen der Menschen in Tadschikistan seit Pandemiebeginn stark verschlechtert. Der Anteil an Haushalten ohne erwerbstätige Haushaltsmitglieder sei stark gestiegen.
19.7.2021	Die zuvor am 13. und 14.7.2021 geflohenen afghanischen Kirgis:innen werden von den Grenztruppen nach Afghanistan zurückgeführt. Zuvor hatte die afghanische Regierung ihre Sicherheit garantiert, meldet der tadschikische Dienst von RFE/RL.
21.7.2021	In Kischtudak (Gebiet Sughd) sterben 12 Menschen in Folge einer Schlammlawine.
21.7.2021	Kurbanbi Rakhmonova, Schwester von Präsident Rachmon, stirbt im Alter von 64 Jahren an den Folgen einer Covid-19-Infektion.
22.7.2021	Aserbaidshans spendet 40.000 Astra-Zeneca-Impfdosen an Tadschikistan, meldet Asia-Plus.
22.7.2021	Landesweit findet eine militärische Großübung mit dem Namen »Mars-2021« (»Grenze-2021«) statt. Sämtliche Garnisonen wurden hierzu in Alarmbereitschaft versetzt. Präsident Rachmon bezeichnete die Übung als die »größte in der Geschichte des Landes«, meldet Fergana Agency.
26.7.2021	Die USA unterstützen Tadschikistan im Kampf gegen die Pandemie mit 1,5 Mio. Dosen des Impfstoffes Moderna. Die Impfstoffspende erfolgt im Rahmen der COVAX-Initiative.
27.7.2021	Bei ihrem Vormarsch besetzen die Taliban in Afghanistan zunehmend an Tadschikistan grenzende Siedlungen. Außenminister Sirodschiddin Mukhriddin zeigt sich »sehr besorgt« angesichts des Vormarsches. Oberste Priorität sei nun die Stärkung des Grenzschutzes, so Mukhriddin.
29.7.2021	Tadschikistan einigt sich mit Kirgistan auf die Demarkation weiterer 40 Kilometer der gemeinsamen Grenze, meldet Asia-Plus.
30.7.2021	Mehrere Medien berichten über einen massiven Rückgang des tadschikischen Außenhandels mit Afghanistan und Kirgistan. Laut Khursched Karimzoda, Chef des tadschikischen Zolldienstes, würden teilweise lediglich zwei bis drei Fahrzeuge pro Tag die afghanische Grenze überqueren (zuvor waren es 50). Der Warentransitverkehr durch Kirgistan sei in Folge des Grenzkonfliktes nahezu Gänzlich zum Erliegen gekommen, so Karimzoda.
2.8.2021	Nahe der usbekisch-afghanischen Grenze, u. a. in Termez, und der tadschikisch-afghanischen Grenze, u. a. auf dem Übungsplatz »Harb-Maidon«, finden mehrtägige tadschikisch-usbekisch-russische Truppenübungen statt.

3.8.2021	Präsident Rachmon gibt bekannt, gegen Covid-19 geimpft worden zu sein.
3.8.2021	Präsident Rachmon reist zu einem mehrtägigen Staatsbesuch nach Turkmenistan.
4.8.2021	Präsident Rachmon und sein turkmenischer Amtskollege Gurbanguly Berdymuchammedow unterzeichnen in Aschgabat insgesamt 19 Kooperationsdokumente, u. a. aus den Bereichen Politik, Kultur und Wirtschaft.
5.8.2021	Beim Versuch, russische Touristen aus GBAO/VMKB zu evakuieren, stürzt ein tadschikischer Militärhubschrauber ab. Es werden ein Toter und vier Verletzte gemeldet. Die Unglücksstelle liegt in Poyi Mazor nahe Wandsch.
12.8.2021	In einem Interview mit Interfax gibt der stellv. Außenminister Russlands, Oleg Syromolow, bekannt, dass Russland 1,1 Mio. US-Dollar für den Bau eines modernen Grenzbeobachtungspostens im Gebiet Chatlon bereitstellt.
12.8.2021	Offenbar geben tadschikische Grenztruppen versehentlich einen Schuss im Grenzgebiet zu Kirgistan ab. Dieser trifft ein Krankenhaus in Leilek (kirgisches Gebiet Batken). Es gibt keine Verletzten.
12.8.2021	Tadschikistan schließt vorübergehend seine Konsulate in Fayzabad und Masar-i-Scharif.
13.8.2021	Ein russischer Sonderflug bringt 50.000 Impfstoffdosen des russischen Vazins »Sputnik V« nach Duschanbe. Die Lieferung erfolgte als humanitäre Hilfsleistung.
15.8.2021	Die Taliban erobern die afghanische Hauptstadt Kabul.
16.8.2021	Das Außenministerium dementiert einen Bericht des afghanischen Nachrichtensenders »Tolo-News«, wonach insgesamt 18 Flugzeuge mit geflüchteten Militärangehörigen in Tadschikistan gelandet seien. Indes bestätigte das Ministerium die Ankunft zweier Militärmaschinen in der südtadschikischen Stadt Bochtar (bis 2018 Kurgan-Teppa).
23.8.2021	Bundesaußenminister Heiko Maas telefoniert mit seinem tadschikischen Amtskollegen Siroschiddin Mukhriddin. Beide Seiten planen eine Vertiefung ihrer Zusammenarbeit und wollen die Grenzsicherung entlang der tadschikisch-afghanischen Grenze stärken.
26.8.2021	Ein Evakuierungsflug des russischen Verteidigungsministeriums transportiert 22 tadschikische Bürger:innen von Kabul nach Duschanbe.
30.8.2021	Präsident Rachmon empfängt Bundesaußenminister Maas in Duschanbe zu Gesprächen über die Lage in Afghanistan. Rachmon betont, dass zu einer Stabilisierung der Lage in Afghanistan die Bildung einer inklusiven Regierung notwendig sei. Diese müsse aus Vertreter:innen sämtlicher Volksgruppen bestehen. Zudem wurden deutsche sowie internationale Hilfsleistungen an Tadschikistan zum Ausbau des Grenzschutzes besprochen.
1.9.2021	Die US-Botschaft in Duschanbe gibt über ihre Website den Bau einer neuen Grenzeinrichtung nahe Aywadsch (Gebiet Chatlon) bekannt. Hierzu stellen die USA 300 Mio. US-Dollar bereit. Die neue Anlage am tadschikisch-usbekisch-afghanischen Dreiländereck soll die bestehende Einrichtung in Schahritus ersetzen und künftig eine schnelle Entsendung von Truppen ermöglichen.
2.9.2021	Innenminister Ramamzon Rakhimzoda spricht in Duschanbe mit Mulugeta Zewdi, Leiter des örtlichen UNHCR-Büros. Rakhimzoda stellt fest, dass Tadschikistan keinen massiven Zustrom afghanischer Flüchtlinge bewältigen könne, meldet Asia-Plus.
8.9.2021	Außenminister Mukhriddin nimmt an einer Online-Außenministerkonferenz zum Thema Afghanistan teil. Bei dem von den USA und Deutschland initiierten Treffen nehmen neben Mukhriddin auch die Außenminister von mehr als 20 Staaten sowie Vertreter:innen von UN, EU und NATO teil. Mukhriddin bilanziert in seiner Rede ein Scheitern der Weltgemeinschaft in Afghanistan; diese hinterlasse nach 20 Jahren »zehntausende Terroristen als Erbe« im Land. Mit Blick auf die Lage im afghanischen Pandschschirtal, wo Widerstandsgruppen gegen die Taliban kämpfen, beklagt Mukhriddin, dass die Taliban dort mit Hilfe von Drittstaaten Luftangriffe auf ethnische Tadschik:innen durchführten. Der Außenminister betonte auch, dass Tadschikistan lediglich eine inklusive Regierung unter Beteiligung aller ethnischer Gruppen im Land unterstützen werde.
11.9.2021	Vor dem UN-Hauptquartier in New York versammeln sich Dutzende Menschen zu einer Solidaritätsveranstaltung für die Taliban-Opposition im Pandschschirtal. Neben Bildern von Ahmad Massoud, Anführer des afghanischen Widerstandes gegen die Taliban in den 1990er Jahren, war die Kundgebung auch durch mehrere Tadschikistan-Fahnen geprägt.
14.9.2021	200 Demonstrant:innen versammeln sich in der afghanischen Botschaft in Duschanbe, solidarisieren sich mit der Taliban-Opposition im Pandschschirtal und rufen Anti-Taliban-Parolen. Laut Asia-Plus besteht die Demonstration überwiegend aus Afghan:innen, die in Duschanbe leben.
14.9.2021	Die EU unterstützt die tadschikische Mission des Roten Halbmondes mit 160.000 Euro. Mit der gewährten Summe soll die Versorgung von 5.000 afghanischen Flüchtlingen im Gebiet Chatlon sowie GBAO/VMKB unterstützt werden.

15.9.2021	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet über versuchte Grenzübertritte aus dem Gebiet Chatlon. 200 Afghan:innen hätten versucht, tadschikisches Territorium zu betreten. Männern sei die Einreise verweigert worden, indes durften 100 Frauen und Kinder einreisen, meldet RFE/RL.
16.9.2021	Präsident Rachmon empfängt die Vertreter der Mitgliedsstaaten der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (CSTO) in Duschanbe. An der Konferenz nehmen die Staatsoberhäupter Kirgistans, Tadschikistans, Kasachstans, und Armeniens sowie Russlands Außenminister Lawrow teil. Hauptthema der Konferenz ist die Lage in Afghanistan.
17.9.2021	Anlässlich des 20. Jubiläums der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) treffen sich die Mitgliedsstaaten in Duschanbe, wo sie von Präsident Rachmon empfangen werden. Persönlich anwesend sind die Staatsoberhäupter von Kasachstan, Kirgistan, Turkmenistan, Belarus, Iran, Usbekistan und Pakistan. Online zugeschaltet sind zudem die Staatsoberhäupter Russlands, Chinas, der Mongolei sowie Indiens. In seiner Eröffnungsrede verweist Präsident Rachmon u. a. auf die Lage im Pandschschir-Tal. Iran wird als neunter Mitgliedstaat in die SCO aufgenommen.
18.9.2021	In Duschanbe empfängt Präsident Rachmon den iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi. Gegenüber Pressevertreter:innen spricht Raisi von »einem neuen Kapitel« der iranisch-tadschikischen Beziehungen. Raisi besucht Duschanbe anlässlich des SCO-Gipfetreffens.

Turkmenistan

9.7.2021	Die Armee verlagert Truppen und militärisches Gerät nach Serchetabat (Gebiet Mary) an die afghanische Grenze, meldet der turkmenische Dienst von RFE/RL. Zuvor hatten die Taliban die grenznahe afghanische Stadt Turgundi eingenommen. Zudem wurden Reservisten in Aschgabat in Alarmbereitschaft versetzt. Das Außenministerium dementiert die Meldung.
9.7.2021	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow entlässt seinen Sohn Serdar aus dem Sicherheitsrat und von dessen Posten als Vorsitzender der Obersten Kontrollkammer. Dafür ernennt er ihn zum stellv. Ministerkabinettsvorsitzenden für Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten.
9.7.2021	Nachdem der landesweite Zugverkehr vor einem Monat wieder aufgenommen wurde, schränkt Turkmen Railways den Betrieb nach eigenen Angaben aufgrund von Hitze erneut ein.
11.7.2021	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL hat das Außenministerium ein geheimes Treffen mit einer Taliban-Delegation in Aschgabat abgehalten. RFE/RL zufolge wurden bei dem Treffen der gegenseitige Nichtangriff sowie die Blockierung möglicher Flüchtlingsbewegungen in Richtung Turkmenistan vereinbart.
13.7.2021	Präsident Berdymuchammedow empfängt den chinesischen Außenminister Wang Yi in Aschgabat zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit, u. a. jener im Rahmen der chinesischen Belt and Road Initiative (BRI) (von der Turkmenistan offiziell kein Teil ist). Beide Seiten unterzeichnen einen Plan zur Kooperation zwischen den Außenministerien für den Zeitraum 2021 – 2022.
13.7.2021	Die Weltbank stellt Turkmenistan 20 Mio. US-Dollar für ein Projekt zum Schutz vor Covid-19 bereit.
14.7.2021	Auf der Sitzung des UN-Menschenrechtsrates äußert sich die turkmenische Delegation zu den aktuellen Vorgängen in Hongkong und Xinjiang. Hierbei würde es sich um innenpolitische Angelegenheiten Chinas handeln, in die Drittstaaten nicht intervenieren sollten, so die Delegation.
14.7.2021	Laut Akipress wurde der Verkehr zwischen den Bezirken des Gebietes Lebap von der Polizei gestoppt. Zudem wurden im gesamten Gebiet Märkte und Restaurants geschlossen. Lokale Polizeibeamte nannten hierzu als inoffiziellen Grund einen Anstieg von Covid-19-Erkrankungen, meldet RFE/RL. Offiziell ist Turkmenistan weiterhin frei von Covid-19.
15.7.2021	Im Dorf Dschebel (Gebiet Balkan) eröffnet Präsident Berdymuchammedow die Baustelle eines internationalen Flughafens.
15.7.2021	Außenminister Raschid Meredow nimmt in Taschkent an einem Treffen der Außenminister im Format »C5+1« (zentralasiatische Staaten + USA) teil. Im Zentrum der Gespräche steht die aktuelle Sicherheitssituation in Afghanistan vor dem Hintergrund der abziehenden NATO-Truppen.
19.7.2021	Chronika Turkmenistana meldet, dass Personen, die Aschgabat auf dem Landweg verlassen möchten, bereits seit dem 17.7.2021 an der Stadtgrenze einen aktuellen negativen Covid-19-Test vorlegen müssen. Offiziell ist Turkmenistan weiterhin frei von Covid-19.
21.7.2021	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL sind bei einem schweren Unfall eines Militärkonvois nahe Aschgabat am 18.7.2021 mehr als 30 Soldaten ums Leben gekommen.
22.7.2021	Die Taliban erlangen die vollständige Kontrolle über die afghanische Grenze zum Iran und Turkmenistan. Dies verkündet Talibansprecher Zabiullah Mujahid gegenüber RIA Novosti.
24.7.2021	In Tokio empfängt Premierminister Yoshihide Suga den Sohn des turkmenischen Präsidenten, Serdar Berdymuchammedow. Beide Seiten sprechen über die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit, u. a. im Bereich der erneuerbaren Energien.
27.7.2021	Laut Chronika Turkmenistana wird in Aschgabat weiterhin nachts die Trinkwasserversorgung unterbrochen. Turkmenistan ist aktuell von einer schweren Dürre betroffen.
1.8.2021	Laut Chronika Turkmenistana hat die Polizei am 29.7.2021 in Aschgabat in mehreren Immobilien Razzien durchgeführt, um illegale »Farmen« zum Mining von Kryptowährungen aufzuspüren.
3.8.2021	Im aktuellen »Global Expression Report« der britischen Menschenrechtsorganisation »Article 19« belegt Turkmenistan in der Kategorie Meinungsfreiheit den 159. von 161 Plätzen. Die letzten beiden Ränge werden von Eritrea und Nordkorea belegt.
4.8.2021	Außenminister Meredow empfängt den usbekischen Minister für Investitionen und Außenhandel, Sardor Umurzakow, in Aschgabat zu Gesprächen. Beide Seiten unterzeichnen mehrere Abkommen, welche die Einrichtung von Direktflügen und den Abbau von Handelsbarrieren vorsehen.
4.8.2021	Präsident Berdymuchammedow empfängt seinen tadschikischen Amtskollegen Emomali Rachmon in Aschgabat zu Gesprächen, u. a. über die Pandemie und die Situation in Afghanistan. Beide Seiten bescheinigen der bilateralen strategischen Partnerschaft ein hohes Niveau.

6.8.2021	Präsident Berdymuchammedow eröffnet in Turkmenbaschi (Gebiet Balkan) ein Konsultativtreffen der Staatsoberhäupter der zentralasiatischen Staaten. Hauptthemen sind neben der Lage in Afghanistan die Möglichkeiten zur gemeinsamen Pandemiebekämpfung sowie Transitpotenziale.
9.8.2021	Das deutsche Auswärtige Amt gibt für Turkmenistan eine Covid-19-bedingte Reisewarnung aus. Das Robert-Koch-Institut in Berlin schätzt Turkmenistan als Covid-19-Hochrisikogebiet ein.
15.8.2021	Die afghanische Hauptstadt Kabul wird von den Taliban eingenommen.
16.8.2021	Laut Chronika Turkmenistana werden in mehreren Dörfern des Gebietes Daschogus auf Anweisung des regionalen Landwirtschaftsverbandes die Reisernten privater Landwirt:innen vernichtet. Aufgrund der aktuell herrschenden Dürre wurde privaten Landwirt:innen demnach der wasserintensive Reisanbau verboten.
16.8.2021	Laut Chronika Turkmenistana hat die WHO bereits am 13.8.2021 Laborgeräte zum Testen auf Covid-19 nach Turkmenistan geliefert.
17.8.2021	Laut Chronika Turkmenistana hat sich die Covid-19-Situation in den letzten Wochen landesweit verschärft. U. a. sei ein Infektionskrankenhaus im Bezirk Sajat (Gebiet Lebap) mit 50 Betten an die Kapazitätsgrenze zur Aufnahme neuer Patient:innen gestoßen. Am 12.8.2021 wurde demnach ein Krankenhaus in Turkmenabad (Gebiet Lebap) unter Quarantäne gestellt, am 14.8.2021 drei weitere Krankenhäuser im Gebiet Mary.
19.8.2021	Die turkmenischen diplomatischen Missionen im Kabul, Herat sowie Masar-i-Scharif würden regulär weiterarbeiten, meldet das Außenministerium. Zudem bestünde ein regelmäßiger Kontakt zu den Taliban, um sowohl Grenzschutz als auch Warenabfertigung weiterhin zu ermöglichen.
19.8.2021	Laut dem Außenministerium wird der turkmenische Luftraum ausländischen Staaten zur Evakuierung ihrer Staatsbürger:innen aus Afghanistan freigegeben.
25.8.2021	Präsident Berdymuchammedow äußert während einer erweiterten Ministerkabinettsitzung, »dass es notwendig sei, die Maßnahmen zur Verhinderung eines Eindringens des Corona-Virus nach Turkmenistan zu verstärken.« In diesem Kontext entlässt er Bildungsminister Orasgeldi Gurbanow und Gesundheitsminister Aslangylytsch Gyldyschow.
25.8.2021	Laut dem Außenministerium laufe die Warenabfertigung an der turkmenisch-afghanischen Grenze weiterhin reibungslos.
25.8.2021	Der chinesische Öl- und Gaskonzern CNPC beginnt mit den Bohrungen zur Erhöhung der Gasförderung in Galkynysch (Gebiet Mary). Im Gegenzug für die Entwicklung des Feldes durch CNPC hat sich Turkmenistan demnach zur Lieferung von jährlich 17 Mrd. m ³ Erdgas an China für die kommenden drei Jahre verpflichtet, meldet Associated Press.
26.8.2021	Laut TDH hat Präsident Berdymuchammedow eine Resolution unterzeichnet, durch die die Zusammensetzung der außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Verbreitung von ansteckenden Krankheiten geändert wurde. Weitere Informationen werden nicht gegeben.
26.8.2021	Präsident Berdymuchammedow und sein Sohn, Serdar Berdymuchammedow, empfangen den pakistanischen Außenminister Shah Mehmood Qureshi in Aschgabat zu Gesprächen, u. a. über die Situation in Afghanistan und die Verwirklichung von gemeinsamen Infrastrukturprojekten wie der Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan–Indien-Gaspipeline (TAPI) und der Stromtrasse Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan (TAP).
29.8.2021	Laut TDH ist ab sofort die Einreise aus den landesweiten Gebieten nach Aschgabat nur noch mit Ausnahmegenehmigung gestattet. Zudem wird die Einreise nach Turkmenistan beschränkt.
1.9.2021	Präsident Berdymuchammedow ordnet die Entsendung von humanitären Hilfsgütern in Form von Medikamenten und weiteren medizinischen Gütern nach Afghanistan an.
1.9.2021	Laut Chronika Turkmenistana plant die turkmenische Regierung die Grenze mit Afghanistan technisch und militärisch zu befestigen. Demnach werden Spezialeinheiten des Innenministeriums an die Grenze verlegt und zusätzliche Gitterzäune und Betonwände an der Grenze errichtet.
1.9.2021	Laut Chronika Turkmenistana versendet das Gesundheitsministerium SMS an die Bewohner:innen von Aschgabat, in denen vor einer erhöhten Staubpartikeldichte in der Luft gewarnt wird. Demnach wird den Empfänger:innen empfohlen, eine medizinische Maske zu tragen, einen Sicherheitsabstand von mindestens zwei Metern einzuhalten und sich regelmäßig die Hände zu waschen.
2.9.2021	Präsident Berdymuchammedow und sein Sohn Serdar Berdymuchammedow empfangen den japanischen Wirtschafts-, Handels- und Industrieminister Ejima Kiyoshi in Aschgabat zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Industrie und Energie.
6.9.2021	Laut Chronika Turkmenistana beginnt in Aschgabat für alle Klassenstufen weiterführender Schulen das Schuljahr mit Präsenzunterricht. Das Schuljahr für die Klassenstufen eins bis sechs begann bereits am 1.9.2021.

13.9.2021	Laut einem Sprecher der Taliban hat Außenminister Meredow per Videokonferenz Gespräche mit dem stellvertretenden Leiter der neuen Taliban-»Regierung«, Mawlawi Abdul Salam Hanafi, geführt. Demnach hätten sich beide Seiten auf eine künftige Zusammenarbeit verständigt und Meredow den Taliban zur Bildung der neuen »Regierung« gratuliert.
14.9.2021	Bei einem Telefonat zwischen Außenminister Meredow und seinem deutschen Amtskollegen Heiko Maas dankt letzterer der turkmenischen Seite für ihre Bereitschaft, den Flügen zur Evakuierung deutscher Staatsbürger:innen aus Afghanistan den Luftraum geöffnet zu haben.
16.9.2021	Laut Turkmen.news wurde in mehreren Städten, darunter Aschgabat und Turkmenbaschi, eine nächtliche Ausgangssperre verhängt.
17.9.2021	Präsident Berdymuchammedow nimmt als Ehrengast am SCO-Gipfeltreffen in Duschanbe teil. Am Rande des Treffens führt Berdymuchammedow bilaterale Gespräche mit seinem tadschikischen Amtskollegen Emomali Rachmon und seinem iranischen Amtskollegen Ebrahim Raisi.

Usbekistan

9.7.2021	Das am 5.7.2021 (siehe letzte Ausgabe) verabschiedete neue Religionsgesetz sorgt in Sozialen Medien für Fragen und Gerüchte. Hierzu erklärt das Bildungsministerium nun, dass das Tragen von Hidschab weiterhin an Schulen in Usbekistan verboten sei.
9.7.2021	Bei den Gold- und Devisenreserven verzeichnet Usbekistan einen Rückgang um 1,4 Mrd. US-Dollar, meldet der usbekische Dienst von RFE/RL.
9.7.2021	In Ischtikhan (Gebiet Samarkand) wird eine Gruppe Männer festgenommen. Laut dem Innenministerium planten diese, an Kampfhandlungen in Syrien teilzunehmen, meldet RFE/RL.
13.7.2021	Außenminister Abdulasis Kamilow reist anlässlich der SCO-Außenministerkonferenz zu einem zweitägigen Besuch nach Duschnabe.
14.7.2021	In Kasansay (Gebiet Namangan) sterben neun Menschen durch Überschwemmungen.
15.7.2021	90.000 Dosen des Impfstoffes »Sputnik V« werden von Russland an Usbekistan geliefert.
21.7.2021	Eine Mio. Dosen des chinesisch-usbekischen Impfstoffes »ZF-UZ-VAC2001« werden von China an Usbekistan geliefert, meldet der Pressedienst des Gesundheitsministeriums.
23.7.2021	Offenbar wird die afghanisch-usbekische Grenze auf afghanischer Seite nun vollständig von den Taliban kontrolliert.
28.7.2021	Das Parlament verabschiedet ein neues Gesetz, welches Arbeitgeber:innen künftig die Kündigung von Ungeimpften erlaubt.
30.7.2021	Drei Millionen Dosen des US-amerikanischen Moderna-Impfstoffes werden nach Usbekistan geliefert. Die Impfstoffspende erfolgt im Rahmen der COVAX-Initiative.
2.8.2021	Über seinen Pressesprecher gibt Präsident Schawkat Mirsijojew bekannt, vollständig gegen Covid-19 geimpft worden zu sein.
2.8.2021	Nahe der usbekisch-afghanischen Grenze, u. a. in Termez, und der tadschikisch-afghanischen Grenze, u. a. auf dem Übungsplatz »Harb-Maidon«, finden mehrtägige tadschikisch-usbekisch-russische Truppenübungen statt.
13.8.2021	Vertreter Usbekistans, Turkmenistans und Russlands führen in Katar Gespräche mit dem Taliban-Anführer Mullah Abdul Ghani Baradar.
15.8.2021	Die Taliban erobern die afghanische Hauptstadt Kabul.
16.8.2021	Laut Pressesprecher des Außenministeriums arbeiten sowohl die usbekische Botschaft in Kabul als auch das Konsulat in Masar-i-Scharif weiter, berichtet u. a. Gazeta.uz.
17.8.2021	Das Verteidigungsministerium bestätigt gegenüber RIA Novosti, ein afghanisches Militärflugzeug abgeschossen zu haben, nachdem dieses in den usbekischen Luftraum eingedrungen sei. Offenbar konnte sich die zweiköpfige Flugzeugbesatzung mit einem Fallschirmsprung retten.
17.8.2021	Bereits am 14. und 15.08.2021 kam es zu mehreren Zwischenfällen an der usbekisch-afghanischen Grenze: 46 afghanische Militärfluggeräte wurden in Termez durch usbekische Militärflugzeuge zur Landung gezwungen, wobei zwei Flugzeuge kollidierten. Zeitgleich überquerten 158 afghanische Zivilist:innen und Soldaten den Grenzfluss Amudarja im Gebiet Termez. Die Generalstaatsanwaltschaft leitet ein Strafverfahren wegen illegaler Einreise ein.
17.8.2021	Abdul Dostum, ehemaliger afghanischer Vizepräsident und Vorsitzender der Nationalen Islamischen Bewegung Afghanistans, flieht nach Termez, melden mehrere Medien.
18.7.2021	In einer Stellungnahme widerspricht das Außenministerium den Berichten über eine angebliche Flucht Dostums nach Usbekistan. Diese seien unwahr, ebenso wie das Gerücht, Afghanistans Präsident Aschraf Ghani wäre nach Usbekistan geflohen.
18.8.2021	Laut einer Stellungnahme des Außenministeriums unterstützt Usbekistan die Bildung einer inklusiven Regierung in Kabul. Weiter heißt es, Usbekistan werde die traditionell freundschaftlichen sowie gutnachbarlichen Beziehungen zu Afghanistan aufrechterhalten und sich nicht in die inneren Angelegenheiten Afghanistans einmischen. Auch hinsichtlich der Grenzsicherung habe Usbekistan enge Kontakte zu Vertretern der Taliban. »Wir erklären auch nachdrücklich, dass alle Versuche, die Staatsgrenze zu verletzen, gemäß der Gesetzgebung Usbekistans streng unterdrückt werden.«, heißt es weiter in der Stellungnahme.
18.8.2021	Präsident Mirsijojew sichert Bundespräsident Walter Steinmeier Usbekistans Unterstützung bei der Evakuierung deutscher Staatsbürger:innen aus Afghanistan zu.
19.8.2021	Gazeta.uz meldet die Errichtung eines Flüchtlingslagers im Gebiet Surchandarjo, welches aktuell 100 afghanische Schutzsuchende beherbergt.

21.8.2021	Inzwischen wurden 2.000 ausländische, darunter deutsche, Staatsbürger:innen, u. a. über Taschkent aus Afghanistan evakuiert.
21.8.2021	Dschalilow, Direktor des Logistikterminals »Termez Cargo Center«, wünscht sich eine zeitnahe Wiederherstellung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Kabul, trotz des Machtwechsels.
23.8.2021	Präsident Mirsijojew nimmt als Gast an einer außerordentlichen Online-Sitzung des kollektiven Sicherheitsrates der CSTO teil. Laut Pressedienst des Außenministeriums erfolgt dies »unter Berücksichtigung der aktuellen Situation in Afghanistan« und »um sich besser mit den Maßnahmen der engsten Partnerländer (...) vertraut zu machen.«
24.8.2021	Die EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien, Terhi Hakala, besucht Usbekistan, um sich ein Bild von der usbekisch-afghanischen Grenze zu machen, meldet RFE/RL.
27.8.2021	Bei einer Parlamentssitzung bezeichnet der stellv. Außenminister Farhod Arsijew die Taliban als »unbestreitbaren Teil« der afghanischen Gesellschaft.
27.8.2021	Ein Audio-Mitschnitt dokumentiert Präsident Mirsijojews Aussagen über die Lage in Afghanistan, welche er bei seinem Besuch im Gebiet Navoi äußerte. Der Wortlaut seiner Äußerungen ist im Folgenden von Gazeta.uz übernommen: »Wir haben nicht gestern, sondern bereits vor zwei Jahren begonnen, mit [den Taliban] zu kommunizieren. Als noch kein Staat mit ihnen kommuniziert hatte, gab ich Anweisungen: »Wir müssen einen Dialog mit ihnen aufnehmen.« Wenn Sie im Fernsehen sahen, dass ihr Führer in Doha, Seine Exzellenz [Mulla Abdul Ghani] Barodar persönlich zu Wort kam, versprach er, dass keine einzige Kugel in Richtung Usbekistan zum Volk von Usbekistan fliegen würde.«
30.8.2021	Der Plan Deutschlands, gefährdete Personen aus Afghanistan über eine »Landbrücke« via Termez ausreisen zu lassen, führt landesweit zu Gerüchten über eine mögliche Aufnahme afghanischer Flüchtlinge in Usbekistan. Das Außenministerium dementiert entsprechende Berichte und stellt klar, Usbekistan werde keine afghanischen Flüchtlinge aufnehmen und illegale Grenzübertritte auch künftig strafrechtlich verfolgen. Lediglich der zeitlich reglementierte Transit würde erlaubt.
30.8.2021	In der usbekischen Fernsehserie »Saodat« erscheint ein Porträt von Ex-Präsident Isлом Karimow verpixelt. Der Sender begründete dies mit einem technischen Fehler, berichtet Gazeta.uz.
31.8.2021	Im Fall des abgeschossenen afghanischen Militärflugzeuges meldet RFE/RL, Usbekistan habe die USA aufgefordert, die überlebenden Piloten umgehend in Drittländer zu bringen. Andernfalls müsse Usbekistan diese nach Afghanistan abschieben, um die usbekischen Beziehungen zu den Taliban nicht zu gefährden.
1.9.2021	Das Außenministerium dementiert Berichte, wonach die Taliban die usbekische Sprache aus dem afghanischen Lehrplan gestrichen hätten, meldet RFE/RL.
1.9.2021	Während seiner Rede zum 30. Jahrestag der Unabhängigkeit Usbekistans zeigt sich Präsident Mirsijojew zuversichtlich, dass Afghanistan künftig eine »Brücke zwischen Zentral- und Südasien« bilden könne.
2.9.2021	Der offizielle Sprecher des Taliban-Büros in Doha, Muhammad Shahin, gratuliert Usbekistan zum 30. Unabhängigkeitstag.
2.9.2021	Anlässlich des offiziellen Gedenktages an Isлом Karimow, dem ersten Präsidenten Usbekistans, besucht Präsident Mirsijojew dessen Gedenkstätte in Taschkent. Mirsijojew stellt fest, er habe die Angelegenheiten »einer vergangenen Ära nie verurteilt« und werde dies auch in Zukunft nicht tun.
4.9.2021	Bildungsminister Schersod Schermatow stellt sich in einer öffentlichen Zoom-Sitzung Bürger:innenfragen. Er verkündet, dass im kommenden Schuljahr Mädchen ausnahmsweise mit hellen Kopftüchern bzw. Kopfbedeckungen zur Schule kommen dürfen.
8.9.2021	Usbekistans Einwohnerzahl überschreitet die Marke von 35 Mio.
8.9.2021	Außenminister Abdulasis Kamilow nimmt an einer Online-Außenministerkonferenz zum Thema Afghanistan teil. Bei dem von den USA und Deutschland initiierten Treffen nehmen neben Kamilow auch die Außenminister von mehr als 20 Staaten sowie Vertreter:innen von UN, EU und NATO teil. Kamilow bekennt sich in seiner Rede zur »Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans« und dem Aufrechterhalten »freundschaftlicher Beziehungen« zu Afghanistan.
9.9.2021	Vertreter des Außenministeriums begrüßen die Bildung einer »Übergangsregierung« in Kabul. Taliban-Sprecher Anas Haqqani würdigt Usbekistans Haltung und betont, Afghanistan wolle freundschaftliche Beziehungen zu den Nachbarn und der internationalen Gemeinschaft aufbauen.
9.9.2021	Studierende, die sich vor dem 1.11.2021 gegen Covid-19 impfen lassen, sollen einen 10- prozentigen Nachlass der diesjährigen Studiengebühr erhalten.

10.9.2021	In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres stieg das Volumen von Auslandsüberweisungen nach Usbekistan um 35 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, meldet RFE/RL.
10.9.2021	Im Großraum Taschkent werden 29 Frauen festgenommen, welche verdächtigt werden, Ideen der als extremistisch eingestuften »Hizb-ut-Tahrir« zu verbreiten.
13.9.2021	Die überlebenden Piloten der abgeschossenen afghanischen Militärflugzeuge werden von den USA aus Usbekistan evakuiert und auf einen US-Militärstützpunkt verlegt, berichtet RFE/RL.
13.9.2021	1,3 Mio. Dosen des Biontech-Impfstoffes werden nach Usbekistan geliefert.
14.9.2021	Polen spendet 252.000 Dosen Astra-Zeneca-Impfstoff an Usbekistan.
14.9.2021	Die Zentrale Wahlkommission genehmigt alle fünf Präsidentschaftskandidaten der politisch aktiven Parteien in Usbekistan, berichtet Gazeta.uz.
14.9.2021	Ein Zug mit Hilfsgütern überquert die neu eröffnete Brücke zwischen Termez und dem afghanischen Hairatan. Die 1.300 Tonnen schwere Fracht des Zuges umfasst u. a. Lebensmittel.
16.9.2021	Das russische Ministerium für Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen startet ein Pilotprojekt zur vereinfachten Einreise von Arbeitsmigrant:innen nach Russland. Im Rahmen des Projekts sollen in einer ersten Etappe 10.000 Personen aus Usbekistan im russischen Bausektor beschäftigt werden.
17.9.2021	Am Rande des SCO-Gipfeltreffens in Duschanbe spricht Präsident Mirsijojew mit dem pakistanischen Premierminister Imran Khan, u. a. über die »transafghanische Eisenbahn«, welche Usbekistan Zugang zu den pakistanischen Häfen verschaffen soll.
17.9.2021	Am Rande des SCO-Gipfels in Duschanbe spricht Präsident Mirsijojew mit Irans Präsident Ebrahim Raisi, u. a. über den gemeinsamen Kampf gegen Wirtschaftskorruption sowie gemeinsame Transitrouten und die potenzielle Nutzung des Hafens von Tschabahar durch Usbekistan, meldet Gazeta.uz.
17.9.2021	Präsident Mirsijojew schlägt auf dem SCO-Gipfeltreffen in Duschanbe vor, die eingefrorenen Devisenreserven Afghanistans freizugeben. Dies könne eine humanitäre Krise vorbeugen, so Mirsijojew.
17.9.2021	Nach einer sechsjährigen Pause fliegt Uzbekistan Airlines wieder zwischen Taschkent und Kiew.
17.9.2021	Usbekistan hat 2020 ca. 3.500 Tonnen Uran abgebaut und belegt damit weltweit den fünften Platz unter den Uranproduzenten, meldet Gazeta.uz.
17.9.2021	Aus Taschkent wird die Festnahme von 12 weiteren Personen mit mutmaßlichen Verbindungen zur »Hizb-ut-Tahrir« gemeldet.

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Verantwortliche Redakteure: Rostam Onsoni und Richard Schmidt
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
 Dr. Beate Eschment, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), Berlin
 Prof. Dr. Martin Petrick, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.